Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit

Band: - (2017)

Heft: 21-22

Artikel: Spannungsfelder im Umgang mit dem Phänomen dschihadistischer Radikalisierung im Schweizer Kontext : ein neues Handlungsfeld für die Soziale Arbeit?

Autor: Davolio Eser, Miryam / Müller-Suleymanova, Dilyara / Müller, Dominik

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832417

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Miryam Eser Davolio, Dilyara Müller-Suleymanova und Dominik Müller

Spannungsfelder im Umgang mit dem Phänomen dschihadistischer Radikalisierung im Schweizer Kontext – ein neues Handlungsfeld für die Soziale Arbeit?

Zusammenfassung

Im Rahmen dieses Artikels soll erläutert und diskutiert werden, in welchen Spannungs- und Minenfeldern man sich im Feld der dschihadistischen Radikalisierung bezüglich Wahrnehmung, Ursachendeutung und Umgang bewegt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Rolle, welche die Soziale Arbeit in diesem Themenfeld für die Prävention und Intervention spielen kann und soll.

Einführung

Ausgehend von den Ergebnissen einer explorativen Studie zu den Hintergründen dschihadistischer Radikalisierung in der Schweiz (Eser Davolio et al. 2015) sollen in diesem Artikel die Spannungsfelder, welche sowohl die Wahrnehmung, die Erklärung als auch den Umgang mit dschihadistischer Radikalisierung charakterisieren, bestimmt und reflektiert werden. Das Ziel dieser Studie, welche von drei Bundesstellen (EDA, SEM und EDI) finanziert wurde, bestand darin, sowohl individuelle Hinwendungsprozesse und deren Entstehungskontext zu analysieren als auch die zivilgesellschaftlichen Ressourcen für Prävention und Intervention abzuklären, um daraus weiterführende Schlussfolgerungen und Empfehlungen für Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure abzuleiten. Beim Phänomen der dschihadistischen Radikalisierung handelt es sich einerseits um ein Thema mit starker Medienpräsenz und andererseits, zumindest was den Schweizer Kontext anbelangt, um ein im Umfang beschränktes Phänomen mit relativ wenigen konkreten Vorfällen.[1] Somit stellt sich zu Recht die Frage, ob die Soziale Arbeit als Disziplin die richtige «Instanz» darstellt, um ein solches Phänomen zu untersuchen und in einem nächsten Schritt

auch Präventions- sowie Interventionsstrategien in diesem Handlungsfeld zu entwickeln und anzubieten.

Theoretische Vorüberlegungen

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts entschlossen wir uns mit dem Begriff der «dschihadistischen Radikalisierung» zu arbeiten, obwohl der Begriff an sich kontrovers und vorbelastet ist. So wird in der Literatur oft betont, dass es sich bei «Radikalisierung» um ein Kontinuum zwischen «moderat» und «radikal» handelt und der Begriff folglich wenig darüber aussagt, wo eine Radikalisierung beginnt und wo sie aufhört (Sedgwick 2010, S. 481). Eine Alternative zum Begriff der «Radikalisierung» stellt der Begriff des «Hinwendungsprozesses» dar (Glaser 2015), welcher der oft gradualen «Hinwendung» junger Menschen zu extremistischen Positionen besser gerecht wird. Aus pragmatischen Gründen fiel unsere Wahl allerdings trotzdem auf den Radikalisierungsbegriff aufgrund der dadurch besseren Vermittelbarkeit unseres Forschungsgegenstandes gegenüber den Interviewpartnerinnen und -partnern (inklusive fremdsprachiger Personen).

Ongering (2007) definiert «Radikalisierung» als einen Prozess, in welchem ein Individuum fortschreitend extremere Positionen übernimmt und vertritt. «Dschihadistische Radikalisierung» ist folglich als ein extremes, ideologisches Glaubenssystem zu verstehen, welches Gewalt als legitimes Mittel sieht, um die gewünschte gesellschaftliche Veränderung (z. B. die Schaffung eines «Islamischen Staats») herbeizuführen (vgl. Vidino 2013). Während bei den Security Studies der Fokus meist auf "what goes on before the bomb goes off" (Sedgwick 2010, S. 479) und damit auf dem Gefahrenpotential terroristischer Aktivitäten liegt, versuchen sozialwissenschaftliche Ansätze die Prozesse zu analysieren, welche Einzelne dazu bringen, sich extremistischen Gruppen anzuschliessen. Sie schenken damit den gesellschaftlichen Entstehungszusammenhängen und der Komplexität des Extremismusphänomens und der politischen Gewalt im Allgemeinen stärkere Beachtung (Khosrokhavar 2016).

Von diesen Überlegungen ausgehend erscheint eine sozialwissenschaftliche Herangehensweise als sinnvoll, welche versucht, gleichzeitig der Komplexität sowie der Relativität des Phänomens «dschihadistische Radikalisierung» gerecht zu werden. Ebenso gilt es, weiterreichende Auswirkungen von Terrorismus und Sicherheitspolitik mit in den Blick zu nehmen, denn muslimische Minderheiten werden durch die Angst vor dschihadistisch motivierter Gewalt in Westeuropa zunehmend als "suspect communities" wahrgenommen (Kundnani 2012, S. 3). Dies verfes-

tigt sowohl die Fremdwahrnehmung als Gefahrenpotential als auch die Selbstwahrnehmung als stigmatisierte, als feindlich betrachtete und ausgegrenzte Gruppe, was Wir-Ihr-Diskursen und einer Polarisierung Vorschub leistet.

Bei der Betrachtung dschihadistischer Radikalisierung ist oftmals eine defizitorientierte Perspektive auf das Phänomen (Schiffauer 2000), welche in einer Art Dreischritt aufgebaut ist, zu beobachten: 1) Fundamentalismus ist irrational, undemokratisch und vormodern; 2) die Anhänger müssen einen Grund haben, sich für das Falsche zu entscheiden; und 3) dieser Grund kann nur in einem Defizit liegen (kulturell, sozial, psychisch). Diese Perspektive ist gemäss Schiffauer einseitig, da dabei das Engagement «für etwas» mit all seinen Ressourcen aus den Augen gerät (ebd., S. 315). Schiffauer plädiert dafür, dass die Dimension des Glaubens an die Utopie einer gerechteren Welt in Bezug auf junge Menschen ernst genommen werden müsse. Diese Dimension kann auch Idealismus und humanitäre Motivationen (wie beispielsweise Hilfe für Unterdrückte) einschliessen sowie politische Stossrichtungen der anti-oppressiven Ausrichtung sowie Anti-Establishment-Haltungen bei gleichzeitiger Wichtigkeit der Gleichheit, Gemeinschaft und Brüderlichkeit beinhalten (vgl. Roy 2015). Dies drückt sich bei den Kriegsreisenden als "devoted actors" auch in einer gemeinsamen spirituellen Basis und in der Aufopferungsbereitschaft für die Gruppe aus (vgl. Gòmez et al. 2017). Darüber hinaus werden in den Diskussionen um das Phänomen der dschihadistischen Radikalisierung die Rolle und Aktionen westlicher Gesellschaften in der islamischen Welt, welche zur aktuellen geopolitischen Situation im Nahen Osten geführt haben, als wichtige Konstellationen und mögliche Ursachen für die heutigen Konflikte weitgehend ausgeklammert (vgl. Kundnani 2012). Bezüglich der defizitorientierten Perspektive, welche Schiffauer (2000) thematisiert können auch die Ergebnisse aus der Untersuchung der bislang verurteilten dschihadistisch motivierten Gewalttäter in Deutschland herangezogen werden. Hier erwiesen sich weder psychische Störungen, Traumatisierungen oder Dissozialität als Ursache für Gewaltbereitschaft und terroristische Akte (vgl. Endrass et al. 2015; Klausen et al. 2016). Vielmehr haben das salafistisch-dschihadistische Glaubenssystem und die Verstärkung durch Gleichgesinnte den Radikalisierungsprozess vorangetrieben. Die Gewaltausübung ist als ein expressiver Akt zur Umsetzung des Glaubenssystems zu verstehen, wobei dabei auch dem Motiv der Selbstinszenierung eine wichtige Rolle zugeschrieben wird (vgl. Zick/Böckler 2015).

Ein Flickenteppich empirischer Grundlagen als Ausgangsbasis

Auch wenn der Forschungsbedarf zu dieser spezifischen Extremismusthematik nach wie vor gross ist, kann summarisch festgehalten werden, dass das Phänomen der dschihadistischen Radikalisierung sehr breit motiviert ist. Im Folgenden werden Ergebnisse aus Studien zueinander in Beziehung gesetzt, welche aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Fragestellungen nützliches Wissen für das Verständnis des Radikalisierungsphänomens und für die Einschätzung des Schweizer Kontexts liefern. Diese empirischen Grundlagen sind lückenhaft und partiell sowie weitgehend nicht spezifisch auf das Radikalisierungsphänomen ausgerichtet, sondern etwa auf Integrationsaspekte oder religionssoziologische Themen. Nachfolgend werden nun solche Wissensbestandteile in Form eines Flickenteppichs zu einer breiten sozialwissenschaftlichen Perspektive zusammengefügt, die sich in erster Linie mit der Situation von muslimischen Jugendlichen befasst und Ausgrenzungserfahrungen beleuchtet. Forschungsergebnisse zeigen bezüglich letzteren, dass die Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung insbesondere in der Adoleszenz zu Abwehrreaktionen und Identitätsproblemen führen kann. So erfahren ausländische Jugendliche beim Zugang zu Ausbildung und Beruf auch unabhängig ihrer sozialen Schicht Diskriminierung, wenn ihr Name auf eine «fremdländische Herkunft» schliessen lässt (vgl. Fibbi et al. 2003; Imdorf 2010). Dies kann ihnen den Übergang in die Berufsausbildung und den Einstieg in die Arbeitswelt erheblich erschweren. Die Interviews von Sheikzadegan (2013) mit muslimischen Jugendlichen zeigten, dass diese sich bzgl. ihrer nationalen Zugehörigkeit zurückgewiesen fühlten, nachdem die erleichterte Einbürgerung für Angehörige der zweiten Generation dreimal an der Urne gescheitert war (1984, 1992, 2004). Dies empfanden muslimische Jugendliche als einschneidender als die Annahme der Minarett-Initiative (2009). Dass ihnen die religiöse Anerkennung meist weniger wichtig ist als das politische Dazugehören, ist im Zusammenhang damit zu sehen, dass erstens viele von ihnen in der Schweiz geboren sind und sich hier zugehörig fühlen. Zweitens bezeichnen sich die meisten muslimischen Jugendlichen in der Schweiz als säkularisiert, denn lediglich 11–15% praktizieren ihren Glauben (vgl. Endres et al. 2013, S. 10).

Wie schon die oben erwähnte Studie von Rosita Fibbi et al. (2003) gezeigt hat, ist die Diskriminierung aufgrund ausländisch klingender Namen bei der Lehrstellensuche erheblich. Hier erfahren ausländische und muslimische Jugendliche beim Übergang ins Berufsleben wiederholt Zurückweisung (Mey/Rorato 2010). Sie sind vor die Entscheidung

gestellt, sich entweder weiterhin um einen Platz in der Gesellschaft zu bemühen, oder aber sich als Opfer von Ausgrenzungs- und Abwertungsprozessen zu sehen. Letztere Haltung kann wiederum für ein extremistisches Islamverständnis empfänglich machen. Dabei wird dieses Islamverständnis als *Gegenmodell* zur christlich-westlichen Welt präsentiert und im Kontext einer langen Geschichte gewalttätiger Auseinandersetzungen mit der arabischen Welt gedeutet. Eine solche Sichtweise findet laufend Bestätigung in polarisierten politischen Diskursen und weist eine hohe Internetpräsenz auf (vgl. Césari 2004). Dieses antagonistische Verständnis der Welt gilt als Erklärung für schlichtweg «alles» – von der Weltpolitik bis zur eigenen Lebenssituation. Es wird zudem durch die IS-Internetpropaganda geschickt untermauert.

In unserer Studie zu den Hintergründen dschihadistischer Radikalisierung lässt sich bei der Betrachtung des religiösen Hintergrundes der dschihadistisch motivierten Kriegsreisenden erkennen, dass die Konvertiten in den meisten europäischen Ländern wie auch in der Schweiz rund einen Fünftel dieser Gruppe ausmachen (vgl. Eser Davolio et al. 2015), was im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung eine klare Überrepräsentation von Konvertiten unter den Kriegsreisenden darstellt. Die meisten dschihadistisch motivierten Kriegsreisenden sind zudem in säkularisierten Familien aufgewachsen und haben wenig fundiertes Wissen über die Grundsätze des Islam. Hier stellt sich die Frage über den Zusammenhang zwischen der Konversion/Re-Konversion und den Hinwendungsprozessen zum Dschihadismus. Aus diesem Grund zogen wir auch Forschungsergebnisse zum Phänomen der Konversion bei. Die Konversion respektive Re-Konversion zum Islam kann bei Jugendlichen zu einer «Methodisierung der Lebensführung» (Wohlrab-Sahr 1999) führen, wenn ihr Lebensstil zuvor ziellos und unstrukturiert gewesen ist und sie durch den dem Islam gewidmeten Lebensstil Orientierung und Struktur sowie eine Remoralisierung erfahren (vgl. Sheikhzadegan 2013). Aufgrund ihres meist mangelnden Wissens über die Grundsätze des Islam können die Jugendlichen einfacher von extremistischem Gedankengut verführt werden, da sie oftmals nicht in der Lage sind, die Instrumentalisierung religiöser Inhalte durch extremistische Propaganda sowie die einseitige Auslegung religiöser Texte zu durchschauen.

Aufgrund der Stigmatisierung des Islams in Westeuropa kann die Konversion zum Islam auch als ein provokatives Herausfallen aus der dominanten Ordnung verstanden werden, um «im Innern der Gesellschaft grösstmögliche Distanz zu dieser Gesellschaft zu symbolisieren» (Wohlrab-Sahr 2001, S. 797). Die im Rahmen unserer Studie (Eser Davolio

et al. 2015) interviewten «Streetworker" beschreiben den Transformationsprozess von Jugendlichen in Genfer Aussenbezirken folgendermassen: « C'est bluffant de les voir du jour au lendemain abstinents et hyper stricts et ils le montrent: Vous avez vu comment je suis musulman » (ebd., S. 16). Solche Transformationsprozesse führen zu stetigen gesellschaftlichen Reibungsflächen und Mikrokonflikten (in Alltagserfahrungen und öffentlichen Diskursen), was das Gefühl der Stigmatisierung verstärkt, wodurch die religiöse Identität noch stärker zu einem Fluchtpunkt wird (Conseil du statut de la femme Csf 2016). Ein rigides Religionsverständnis darf allerdings nicht per se mit Extremismus und Gewaltakzeptanz gleichgesetzt werden. Doch sind für die IS-Propaganda und Rekruteure, welche in den Sozialen Medien junge Menschen ansprechen, Konvertiten und Rekonvertiten eine wichtige Zielgruppe, weil sich hier viele «Andockstellen» abzeichnen, wie etwa das Bedürfnis, das «richtige Muslimsein» unter Beweis zu stellen und von der religiösen Gemeinschaft akzeptiert zu werden.[2]

Auf der Suche nach Radikalisierungsphänomenen fragten wir in öffentlichen Institutionen (Jugendarbeit, Schulen, Integrationsfachstellen usw.)[3] nach deren Problemwahrnehmung. Dabei stellten wir fest, dass nur wenige Institutionen direkt mit dem Phänomen dschihadistischer Radikalisierung in Berührung gekommen sind bzw. konkret davon betroffen waren. Diese wenigen betroffenen Institutionen standen jedoch aufgrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, welche mit dem Bekanntwerden von vermeintlichen oder tatsächlichen Radikalisierungsfällen auf ihnen lastete, unter starkem Handlungsdruck. Alle betroffenen Akteure wiesen einen grossen Wissens- und Handlungsbedarf auf, da dschihadistische Radikalisierung ein gänzlich neues Extremismusphänomen für sie darstellte, welches zudem Wissens- und Erklärungsbedarf bezüglich Entstehungsfaktoren und Interventionsmöglichkeiten nach sich zog. Die mediale Aufmerksamkeit, verbunden mit der Stigmatisierung von angeblichen "Hotspots," überforderte einzelne Akteure, weshalb sie es vermieden, ihre Problemwahrnehmung und Vorgehensweise gegenüber der Öffentlichkeit zu kommunizieren – aus Angst vor kontraproduktiven Effekten.

Die Interviews in Schulen und im Sozialbereich, insbesondere aber in der Jugendarbeit, zeigten, dass die direkte Betroffenheit auf wenige Einzelfälle begrenzt war und das Phänomen der Radikalisierung folglich wenig Dringlichkeit besass. Doch waren zu diesem Zeitpunkt auf der Verwaltungsebene einiger Städte bereits Bestrebungen im Gange, ein Meldeverfahren sowie ein koordiniertes Vorgehen für Bereiche wie Schule und Jugendarbeit zu entwickeln. Hier lehnte man sich stark an bisherige Erfah-

rungen der Gewaltprävention an, doch wurde gleichzeitig der Mangel an Hintergrundwissen zur dschihadistischen Radikalisierung sichtbar. Dies äusserte sich insbesondere in der Schwierigkeit, Parameter und Kriterien festzulegen, wie Hinwendungsprozesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erkennen und einzuschätzen seien, um dann in einem weiteren Schritt festzulegen, wie zu intervenieren wäre, insbesondere ab welchem Punkt die Polizei beizuziehen sei.

Herausforderungen in der Wahrnehmung und im Umgang mit dem Phänomen der dschihadistischen Radikalisierung in fünf Spannungsfeldern

Spannungsfeld 1: Handlungsdruck, Druck durch die Medien sowie Sicherheitsforderungen um dschihadistische Radikalisierung bei gleichzeitig wenigen konkreten Vorfällen und geringer Evidenz

Institutionen, welche bislang kaum oder gar nicht betroffen waren, konnten mit der Befragung im Rahmen unserer Studie (Eser Davolio et al. 2015) zur Wahrnehmung und Einschätzung des Radikalisierungsphänomens bei ihren Zielgruppen wenig anfangen und hatten meist noch keine weiterführenden Überlegungen angestellt, wie sie in einem konkreten Fall reagieren würden. So lautete etwa eine Reaktion auf eine schriftliche Befragung in der Jugendarbeit: «Wollt ihr uns ein Problem einreden, das wir gar nicht haben?» Dies mag angesichts der geringen Evidenz solcher Phänomene zum Befragungszeitpunkt (anfangs 2015) auch nicht erstaunen, doch änderte sich dies in den Folgemonaten, in denen entweder durch die Konfrontation mit konkreten Vorkommnissen oder durch die mediale Aufarbeitung des Themas auch das Problembewusstsein unter Jugendarbeitenden stieg. In der Folge konzentrierten wir uns auf Akteure aus dem Sozial- und Bildungsbereich, welche eine konkrete Betroffenheit aufwiesen.[4] Dabei erfassten wir auch Wahrnehmungen und Einschätzungen, welche nicht direkt auf eine Radikalisierung hindeuteten, allerdings ebenfalls Hinweise für Entwicklungen und Tendenzen im Jugendbereich lieferten. In den Befragungen wollten wir das Problembewusstsein und -verständnis der Akteure sowie ihre Überlegungen zur Vorgehensweise und Problembehandlung in Erfahrung bringen. Dahinter stand die Absicht, diese «Pioniererfahrungen» für andere betroffene Akteure und Institutionen nutzbar zu machen. Bei der Befragung solcher betroffenen Akteure kristallisierten sich verschiedene Grundproblematiken heraus:

Das Problem der Einstufung und Bewertung von Radikalisierungsphänomenen. Was soll bereits als Radikalisierung gelten und ab wann soll man intervenieren? Zum Zeitpunkt unserer Studie waren bereits verein-

zelte Bemühungen in Institutionen (Schulen und Jugendarbeit) im Gange, um antizipierende Massnahmen und Meldeabläufe für den Ernstfall festzulegen, doch fehlten dabei spezifische Beratungsangebote, auf welche im Ernstfall hätte zurückgegriffen werden können noch weitgehend. Denn mit Ausnahme der Städte Bern und Zürich[5], welche eine spezielle Beratung zu Radikalisierung aufgebaut hatten, gab es anfangs 2015 noch keine spezifischen öffentlichen Anlaufstellen in der Schweiz. Beratungsstellen befinden sich dann aber meist in demselben Spannungsfeld: dass sie nämlich aufgrund der geringen Evidenz und ihrer kurzen Bestehungsdauer noch über wenig spezifisches Erfahrungswissen verfügen und sich gleichzeitig mit dem politischen und gesellschaftlichen Druck bezüglich greifenden Massnahmen und Präventionsangeboten konfrontiert sehen.[6]

Einbezug der Polizei. Ebenfalls wurde zum Teil kritisch hinterfragt, inwiefern Sozialarbeitende bei Hinwendungsprozessen ihres Klientels die Polizei einbeziehen sollen und ob sie hierbei nicht den Berufskodex bzgl. anwaltschaftlichem und schützendem Handeln verletzen würden. In Gemeinden, in denen die Zusammenarbeit zwischen Jugendarbeit – insbesondere Jugenddiensten – und Polizei bereits verankert ist und auf Kooperationserfahrungen aufbauen kann, stellte sich diese Frage weniger, da auch eine gemeinsame Verständigung über die Ziele und mögliche kontraproduktive Auswirkungen von Interventionen stattfindet. Doch gerade bei besonders vulnerablen Zielgruppen, wie etwa bei der Betreuung von Asylsuchenden, stand diese Frage nach den möglichen Folgen für Klienten durch das Melden von Radikalisierungstendenzen im Vordergrund.

Priorität und Überbewertung der Radikalisierungsthematik. Aufgrund der medialen Aufmerksamkeit um die Radikalisierungsthematik wurde auch kritisch hinterfragt, ob hier ein Phänomen aufgrund aufsehenerregender Terrorakte überbewertet wird und ob der Ruf nach spezifischen Präventions- und Interventionsmassnahmen übertrieben sei. Angesichts der Vielzahl weiterer sozialer Probleme der Zielgruppen, welche für die Professionellen im Vordergrund stehen, stellt sich zu Recht die Frage, ob dieses neue Phänomen von der Sozialen Arbeit «prioritär» behandelt werden soll und ob sie die richtige Adressatin für Prävention und Intervention sei. Zwar liegen Parallelen zu bekannten Extremismusformen wie Rechts- und Linksextremismus – bei denen sich die Soziale Arbeit bereits als Interventionsakteurin bewährt hat – auf der Hand, doch war man sich nicht immer einig, ob das «Aufspringen» auf die Radikalisierungsthematik die mögilche Überbewertung des Phänomens nicht weiter verstärken könnte.

Während unserer Studie veränderte sich die Evidenz zum untersuchten Themengebiet. Zunächst ausgehend von einer marginalen, jedoch medienwirksamen Thematik glich sich der prozentuale Anteil von Kriegsreisenden an der Gesamtbevölkerung in der Schweiz schliesslich jenem von Deutschland an.[7] Der Forschungsbedarf wird umso dringlicher, zumal die Schweiz im Vergleich zu Deutschland über weniger Wissen und keine flächendeckenden Beratungsangebote verfügt. Sie kann auch hinsichtlich Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen noch kaum etwas vorweisen.

Spannungsfeld 2: Endogene versus exogene Deutung der individuellen Ursachen dschihadistischer Radikalisierung

Betrachtet man den Forschungsstand zu den Ursachen dschihadistischer Radikalisierung, fallen zwei unterschiedliche Deutungsperspektiven auf: Bei der endogenen Deutung wird über die Zuschreibung bestimmter Persönlichkeitsmerkmale (z. B. Labilität), psychischer Defizite, familiärer Situationen oder Sozialisierungsmechanismen und somit über defizitorientierte und z. T. auch psychologisierende Erklärungsmodelle versucht, den Schlüssel zu den Entstehungsprozessen dschihadistischer Radikalisierung zu finden. Dahinter steht die Idee oder auch die Hoffnung, aufgrund solcher Erklärungsmodelle ein Profiling zu erstellen, um problematische Persönlichkeiten im Vorfeld – bevor es zu Gewalttaten kommt – zu identifizieren und rechtzeitig intervenieren zu können um sie von einer weiteren Radikalisierung abzuhalten. Im Gegenzug lauten die Argumente exogener Ansätze dahingehend, dass die Individuen von sektenähnlichen Organisationen durch eine Art Gehirnwäsche manipuliert und radikalisiert werden. Beide Erklärungsansätze laufen Gefahr, zu kurz zu greifen und das politische Sendungsbewusstsein und Trendsetting der Dschihadismusbewegung zu verkennen. Während der endogene Erklärungsansatz radikalisierte Individuen pathologisiert, konzentriert sich der exogene Erklärungsansatz auf das unmündige Subjekt, welches sich den Fängen obskurer Rekruteure nicht zu entziehen vermag. Auch wenn beide Ansätze Faktoren aufgreifen, welche eine Radikalisierung begünstigen und je nachdem eine grössere oder geringere Rolle spielen können, vernachlässigen sie andere wichtige Einflussgrössen, wie etwa die selbstbestimmte Wahl von Individuen basierend auf einer sinnstiftenden Entscheidungsfindung, welche Aussenstehenden jedoch irrational erscheinen mag.

Spannungsfeld 3: Externalisierung versus Internalisierung des Phänomens auf gesellschaftlicher Ebene

Die Mehrheitsgesellschaft wird durch Terrorakte und Medienmeldungen zur Radikalisierungsthematik zur Auseinandersetzung mit diesem neuen Phänomen herausgefordert. Hierbei zeichnen sich zwei unterschiedliche Verarbeitungs- und Deutungsmuster ab: Das Externalisieren äussert sich darin, dass dschihadistische Radikalisierung als durch die muslimische Zuwanderung «importiertes Problem» gedeutet wird. Dabei wird verkannt, dass ein Fünftel der aus der Schweiz abreisenden Dschihadreisenden Konvertiten und ein Grossteil von ihnen Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind. Der umgekehrte Prozess, das Internalisieren der Problematik besteht darin, dass die Ursachen für dschihadistische Radikalisierung in der Ungleichheitsproblematik unserer Migrationsgesellschaft gesehen werden, etwa in sozioökonomischen Benachteiligungen, fehlenden politischen Partizipationsmöglichkeiten, Jugendarbeitslosigkeit oder sozialräumlichen Segregationsprozessen. Doch weist nur ein Teil der Schweizer Dschihadreisenden solche Ungleichheits- und Ausgrenzungserfahrungen auf. Zudem werden bei dieser Sichtweise weitere wichtige Faktoren, wie etwa der weltumspannende Islamismus und die IS-Propaganda mit ihren Verschwörungstheorien, welche junge Menschen teilweise unabhängig von ihrer Herkunft und kulturellem Hintergrund zu erreichen vermögen, zu wenig berücksichtigt. Ebenso werden jugendkulturelle Aspekte der Ausprägung einer neuen muslimischen Trendkultur mit religiösen Bausteinen (was auch als Lego-Islam bezeichnet wird) (vgl. Kiefer et al. 2017, S. 23 ff.) vernachlässigt. Letztere üben Einfluss auf die Orientierung von Jugendlichen aus. Hinweise dazu geben auch die im Rahmen der Studie (Eser Davolio et al. 2015) befragten Genfer Streetworker, welche in den Aussenbezirken von Genf eine zunehmende Rekonversion von muslimischen Jugendlichen feststellen: «On a à faire à des jeunes qui étaient particulièrement turbulents et compliqués à gérer et qui ont approché l'islam soit en l'épousant soit en s'y intéressant et qui ont développé du calme, un discours différent» (ebd., S. 16). Diese Neuorientierung deuteten sie sowohl vor dem Hintergrund der erschwerten Positionierung muslimischer Jugendlicher aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit[8] als auch als Jugendtrend, welche den Jugendlichen gleichzeitig Identität und Halt (Abkehr von früherer Delinquenz oder Suchtverhalten) sowie eine grösstmögliche Distanz und Abgrenzung gegenüber der Erwachsenenwelt ermöglicht.

Spannungsfeld 4: Sicherheitspriorität versus Schutz vor Repression – Kontroverse Positionen im Bereich der Verständigung und Zusammenarbeit der Akteure aus dem Sicherheits- und dem Sozialbereich

Im Sicherheitsbereich liegt der Fokus bezüglich Extremismus auf der Verhinderung terroristischer Gewalt sowie auf der Früherkennung und Prävention von Radikalisierung. Damit besteht meist das vorrangige Anliegen im Ausmachen von Gefahrenpotentialen und radikalisierten Individuen. Bei Fehlen einer differenzierten Auseinandersetzung mit dem Phänomen besteht zudem die Tendenz zu einem generalisierten Misstrauen gegenüber Muslimen und muslimischen Einrichtungen. Ganz anders der Fokus von Akteuren im Bildungs- und Sozialbereich, wo es darum geht, dass junge Menschen in einem geschützten Raum mit eigenen Haltungen und auch radikalen Einstellungen experimentieren können. Hinzu kommt oft eine gesellschaftskritische Position, welche die Ursachen der dschihadistischen Radikalisierung hauptsächlich in der sozialen Ungleichheit und Diskriminierung der muslimischen Minderheit im Westen sieht. Damit verbunden ist auch eine Haltung, dass man die vermeintliche Kriminalisierung jugendlicher Hinwendungsprozesse nicht mittragen will und sich deshalb als institutionelle Vertreterinnen (in der Schule, Jugendarbeit) klar von Früherkennungsmassnahmen distanziert und sie als «Denunziantentum» abtut. Wenn der Sozial- und der Sicherheitsbereich mit solch unterschiedlichen Vorannahmen und Positionen aufeinandertreffen, liegt es auf der Hand, dass dies einer gemeinsamen Verständigung über die Problembearbeitung sowie einer differenzierten Betrachtungs- und Herangehensweise abträglich ist. Derartig gegensätzliche Positionen haben wir im Rahmen unserer Studie nur in einzelnen Kontexten angetroffen. Meist konnten die Akteure aus beiden Bereichen eine Annäherung bezüglich Priorisierung und Vorgehen entwickeln, indem ein gemeinsamer Nenner, wie z. B. die Selbstgefährdung muslimischer Jugendlicher in den Mittelpunkt gerückt wurde. Auch konnten so gemeinsame Ziele definiert werden, wie etwa jenes, Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen, um junge Menschen und ihr Umfeld so beraten und begleiten zu können, dass sie sich von ihrer extremistischen Ausrichtung distanzieren können, bevor sich Hinwendungsprozesse verfestigen. Die Akteure aus dem Sozialbereich müssen zudem sicher sein können, dass ihre Hinweise an die Polizei zu umsichtigen Interventionen führen, bei denen nicht die Repression, sondern die Beratung, Beziehungsarbeit und Reintegration der Betroffenen im Vordergrund stehen.

Spannungsfeld 5: Muslimische Gemeinschaften zwischen Marginalisierung und Scheinwerferlicht

Die vermehrte Diskussion des Phänomens der dschihadistischen Radikalisierung in den Medien und in den öffentlichen Debatten hat auch bedeutende Auswirkungen auf die muslimischen Gemeinschaften und Organisationen in der Schweiz. Einerseits führt sie zu einer problematischen Wahrnehmung und Stigmatisierung der muslimischen Gemeinschaften in der Mehrheitsgesellschaft, andererseits löst sie innerhalb der religiösen Gemeinschaften und Organisationen eine grosse Verunsicherung aus. Diese Umstände haben auch Folgen für die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen im Rahmen der Präventions- und Interventionsarbeit und müssen daher reflektiert werden.

Die Berichterstattung über muslimische Gemeinschaften und Moscheen wurde in den letzten Jahren weitgehend von der Radikalisierungsproblematik dominiert (Schneuwly-Purdie/Tunger-Zanetti 2014). Debatten und Diskurse über den Islam wurden von Themen wie Radikalisierung und Terrorismus dominiert, während positive Aspekte des muslimischen Alltagslebens nur selten Eingang in die Berichterstattung der Leitmedien fanden. Diese mediale Stigmatisierung kann einerseits zu einer Verstärkung von muslimfeindlichen Haltungen in der Mehrheitsbevölkerung führen und andererseits zu einem Gefühl der fehlenden Akzeptanz und Ausgeschlossenheit seitens der muslimischen Gemeinschaften (Schiffauer 2008; Kundnani 2012). Wie aus den Gesprächen mit Vertretern von muslimischen Organisationen im Rahmen unserer Studie (Eser Davolio et al. 2015) hervorging, nehmen die Diskriminierungserfahrungen im Alltag von Musliminnen und Muslimen in der Schweiz deutlich zu. In den Schweizer Medien werden bestimmte Moscheen und konservative muslimische Gemeinschaften vielfach zu "Hotspots" der Radikalisierung hochstilisiert, obschon sowohl Studien (Vidino 2013; Eser et al. 2015; Nachrichtendienst des Bundes NDB 2015) als auch polizeiliche und nachrichtendienstliche Untersuchungen deutlich gezeigt haben, dass das Radikalisierungpotenzial, das von Schweizer Moscheen ausgeht, gering ist. Zudem ist in den Medien häufig die Rede von «Hinterhof-Moscheen». Dieser Begriff ist problematisch, da er mit Parallelgesellschaften, illegalen Machenschaften und Intransparenz konnotiert wird und dabei zugleich die räumliche Marginalisierung und die Schwierigkeiten der Moscheevereine bei der Suche nach zentral gelegenen Räumlichkeiten weitgehend ausgeblendet wird.

Im Rahmen der Radikalisierungsdebatte sehen sich muslimische Gemeinschaften und Moscheen häufig dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie

entweder die Radikalisierung vorantreiben oder zu wenig gegen die Radikalisierung unternehmen würden. Diese Vorwürfe führen zu einer starken Verunsicherung innerhalb vieler muslimischer Gemeinschaften, da die Radikalisierungsthematik auch für die Grosszahl der Moscheevereine neu ist und sie noch wenig oder gar keine Erfahrung im Umgang mit diesem Phänomen haben. Neben der Neuheit des Phänomens trägt in der Regel auch die strukturelle Beschaffenheit der muslimischen Vereine und Organisationen zu dieser Verunsicherung bei, da die finanziellen und personellen Ressourcen aufgrund der fehlenden öffentlich-rechtlichen Anerkennung zumeist stark beschränkt sind, wie auch andere Studien (siehe u. a. Schiffauer 2015 zu Deutschland) belegen. Der Grossteil der in unserer Studie (Eser Davolio et al. 2015) befragten muslimischen Organisationen wird ausschliesslich durch die Spenden und Beiträge der Gemeindemitglieder finanziert. Durch die Radikalisierungsdebatte erhöht sich die Arbeitslast vieler muslimischer Organisationen, da sie sich nun nicht nur um die Belange der Mitglieder kümmern müssen, sondern auch mit Aufgaben und Anfragen von Medien, Behörden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren konfrontiert werden.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung und der Neuheit der Thematik gibt es in einigen muslimischen Jugend- und Moscheevereinen bereits Ansätze eines Umgangs mit der Radikalisierungsproblematik, die entweder auf bestehenden Ressourcen aufbauen oder neu geschaffen wurden. Angesprochen auf sein persönliches Engagement gegen Radikalisierung, antwortete einer der befragten Imame wie folgt: «Klar setzen wir uns gegen Radikalisierung ein, denn es sind vor allem unsere Kinder und unsere Jugendlichen, die von diesen Verbrechern (dem IS, A. d. V.) verführt werden. Wir wollen doch nicht, dass unsere Kinder für diese Verbrecher sterben.» Wie aus unseren Befragungen hervorging, haben die meisten muslimischen Organisationen spezielle Jugendgruppen gebildet, die verschiedene Aktivitäten für ihre jugendlichen Mitglieder anbieten und unter anderem Diskussionsgruppen organisieren, die sich mit dem Thema Radikalisierung auseinandersetzen. Auch kantonale muslimische Dachorganisationen organisieren für ihre Mitglieder Informationsveranstaltungen zum Thema Radikalisierung. Ferner gaben auch mehr als die Hälfte der befragten Imame an, dass sie im Rahmen ihrer Tätigkeit versuchen, die Thematik zu behandeln, beispielsweise bei der Freitagspredigt, bei Vorträgen oder bei der Jugendarbeit in der Moschee.[9] Wenn sie sich jedoch mit radikalisierten Moscheebesuchern konfrontiert sehen, fühlen sie sich meist überfordert und verschliessen ihre Türen – auch aus Furcht davor, von den Medien

in ein negatives Licht gestellt zu werden. Wenn sie solche jungen Menschen begleiten sollten, würden sie folglich die Legitimation durch einen behördlichen Auftrag und die Zusammenarbeit mit externen Stellen benötigen, doch bestehen bisher noch kaum Ansätze für derartige Kooperationen. Um dieses Spannungsfeld zu entschärfen bräuchte es folglich einen kontinuierlichen Austausch und einen Vertrauensaufbau zwischen lokalen Behörden und den Moscheevereinen, damit partnerschaftliche, komplementäre Zusammenarbeit entstehen und sich weiterentwickeln kann.

Die Rolle der Sozialen Arbeit im Themenfeld «dschihadistische Radikalisierung»

Wie diese fünf Spannungsfelder aufzeigen, stellt die Radikalisierungsthematik ein Minenfeld mit explosiven Aspekten dar. Umso wichtiger ist folglich die Schaffung gemeinsamer Reflexionsräume zur Aushandlung eines geteilten Problemverständnisses unter den beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteuren – inklusive der Minderheiten. Gerade gegenüber den muslimischen Organisationen bestehen von Behördenseite her oft wenige Kontakte und wenig Erfahrung in der Zusammenarbeit, weshalb das Verhältnis von gegenseitigem Misstrauen geprägt sein kann. Kooperationsbereitschaft und Vertrauen unter dem nun aktuellen Problemdruck und in aller Eile herzustellen, ist keine einfache Aufgabe. Dieser Prozess benötigt Zeit und eine sukzessive Aufbauarbeit. Die Soziale Arbeit kann hier vor dem Hintergrund der Gemeinwesenarbeit eine wichtige Rolle einnehmen, um umsichtige Präventions- und Vernetzungsarbeit zu leisten – ohne Alarmismus und Stigmatisierung weiter Vorschub zu leisten.

Angst und Verunsicherung auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung einerseits und Ablehnung und Stigmatisierung der muslimischen Minderheit auf der anderen Seite treiben die Muslimfeindlichkeit voran. Diese wiederum wird von dschihadistischer Propaganda im Internet aufgenommen und gezielt für die eigenen Ziele eingesetzt («ihr seid im Westen unerwünscht» usw.), was letztendlich zu einer Verschärfung der Polarisierung und damit unter Umständen auch der Radikalisierung führen kann. Deshalb gilt es, die Muslimfeindlichkeit parallel zur Radikalisierungsdebatte zu thematisieren und anzugehen, wie dies etwa in Deutschland gemacht wird, wo Massnahmen zur Radikalisierungsprävention Hand in Hand gehen mit der Bekämpfung der Islamophobie (Molthagen 2015; Nordbruch et al. 2015). Hier gilt es Wege zu finden, wie die Soziale Arbeit zur Verständigung und zum Abbau von muslimfeindlichen Einstellungen in dieser hochbrisanten Debatte beitragen kann.

Die Soziale Arbeit zeichnet sich als Präventionsakteurin dadurch aus, dass sie erstens nahe am Feld und den betroffenen Institutionen ist und zweitens als Interventionsdisziplin in der Lage ist, Handlungsansätze und Präventionsmassnahmen zuhanden von Politik und Institutionen zu formulieren respektive umzusetzen. Insbesondere die Ansätze aus der Gemeinwesenarbeit sind grundlegend dafür, dass komplexe Probleme nur durch die Einbindung aller beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure angegangen werden können.

Somit geht es weniger um die Schaffung neuer Instanzen, als vielmehr um die Befähigung und Vernetzung bestehender Strukturen, da diese im Rahmen der Gewaltprävention auf Gemeindeebene insbesondere in den Städten meist bereits vorhanden sind und durch die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen ergänzt werden sollten. Die Befähigung gilt es durch die Vermittlung von spezifischem Hintergrundwissen, durch das Lernen an "Best Practice"-Ansätzen in anderen europäischen Ländern, das Erarbeiten von Grundlagen und Abläufen zur Erkennung von und zum Umgang mit dem Phänomen dschihadistischer Hinwendungsprozesse zu erreichen. Damit ist folglich nicht ein gänzlich neues Handlungsfeld für die Soziale Arbeit entstanden, sondern es kann auf den bestehenden Ansätzen und Strukturen im Bereich der Prävention und Intervention aufgebaut werden.

Literatur

Al-Lami, Mina (2009). Studies of Radicalisation: State of the Field Report. In: *Politics and International Relations Working Paper,* No. 11.

Allenbach, Brigit & Sökefeld, Martin (Hrsg.) (2010). *Muslime in der Schweiz. Sozialer Zusammenhalt und kultureller Pluralismus.* Zürich: Seismo Verlag.

Aratnam, Ganga Jey (2012). *Hochqualifizierte mit Migrationshintergrund.* Basel: gesowip.

Baghdadi, Nadia (2012). *Und plötzlich bist du DIE Muslimin. Migrantinnen zwischen Karrieresprung und Ausschlusserfahrung.* Berlin: Franz & time.

Berger, J.M. & Morgan, Jonathan (2015). *The ISIS Twitter census: Defining and describing the population of ISIS supporters on Twitter.* Analysis Paper, No. 20. Brookings Center for Middle East Policy. Washington: Brookings Institution.

Bolzman, Claudio, Fibbi, Rosita & Vial, Marie (2003). Was ist aus ihnen geworden? Der Integrationsprozess der jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund. In: Hans-Rudolf Wicker (Hrsg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen».* Zürich: Seismo, S. 453–480.

Césari, Joyceline (2004). *When Islam and Democracy Meet.* New York: Palgrave Macmillan.

Conseil du statut de la femme Csf (2016). L'engagement des femmes dans la radicalisation violente. Québec. https://www.csf.gouv.qc.ca/wp-content/uploads/radicalisation_recherche_francais.pdf.

Dantschke, Claudia, Mansour, Ahmad, Müller, Jochen & Serbest, Yasemine (2011). *«Ich lebe nur für Allah». Argumente und Anziehungskraft des Salafismus. Eine Handreichung für Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit, Familien und Politik.* Berlin: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur.

Dantschke, Claudia (2015). Radikalisierung von Jugendlichen durch salafistische Strömungen in Deutschland. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe ZJJ*, 1, S. 48–53.

Endrass, Jérôme, Sadowski, Friederike, Böckler, Nils & Rossegger, Astrid (2015). Der Weg zum (terroristischen) Attentäter: Gewalt legitimieren, um Gewalt auszuüben. In: *Kriminalistik*, 5, S. 328–334.

Endres, Jürgen, Tunger-Zanetti, Andreas, Beloul, Samuel-Martin & Baumann, Martin (2013). *Jung, muslimisch, schweizerisch. Muslimische Jugendgruppen, islamische Lebensführung und Schweizer Gesellschaft.* Ein Forschungsbericht. Universität Luzern: Zentrum für Religionsforschung.

Eser Davolio, Miryam, Banfi, Elisa, Gehrig, Milena, Gerber, Brigitta, Luzha, Burim, Mey, Eva, Möwe, Ilona, Müller, Dominik, Suleymanova, Dilyara, Steiner, Isabelle, Villiger, Carole & Wicht, Laurent (2015). *Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz. Eine explorative Studie mit Empfehlungen für Prävention und Intervention.* Zürich: ZHAW. https://www.zhaw.ch/de/sozialearbeit/forschung/delinquenz-und-kriminalpraevention/jugendkriminalitaet-und-jugendgewalt/hintergruende-jihadistischer-radikalisierung-in-der-schweiz.

Eser Davolio, Miryam (2000). *Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt – Festgefahrenes durch Projektunterricht verändern.* Bern: Haupt.

Fibbi, Rosita, Kaya, Bülent & Piguet, Etienne (2003). *Nomen est omen. Quand s'appeler Pierre, Afrim ou Mehmet fait la différence.* Bern/Aarau: Leitungsgruppe des NFP 43 in Zusammenarbeit mit dem Forum Bildung und Beschäftigung und der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung.

Fibbi, Rosita & Efionayi, Denise (2008). Erziehungsfragen in Migrationsfamilien. In: Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF (Hrsg.), *Familien – Erziehung – Bildung.* Bern: EKFF, S. 48–66.

Glaser, Michaela (2015). Extremistisch, militant, radikalisiert? In: *DJI Impulse, Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts*, 1, S. 4–7.

Gòmez, Angel, Lòpez-Rodriguez, Lucìa, Sheik, Hammad, Ginges, Jeremy, Wilson, Lydia, Waziri, Hoshang, Vàzques, Alexandra, Davis, Richard & Atran, Scott (2017). The devoted actor's will to fight and the spiritual dimension of human conflict. In: *Nature Human Behavior*, 1, S. 673–679.

Imdorf, Christian (2010). Wie Ausbildungsbetriebe soziale Ungleichheit reproduzieren: Der Ausschluss von Migrantenjugendlichen bei der Lehrlingsselektion. In: Heinz-Hermann Krüger, Ursula Rabe-Kleberg, Rolf-Torsten Kramer & Jürgen Budde (Hrsg.), *Bildungsungleichheit revisited. Bildung und soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 263–278.

Juhasz, Anne & Mey, Eva (2006). Adoleszenz zwischen sozialem Aufstieg und sozialem Ausschluss. In: Vera King & Hans-Christoph Koller (Hrsg.), *Adoleszenz – Migration – Bildung.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 85–102.

Khosrokhavar, Farhad (2016). *Radikalisierung.* Hamburg: CEP Europäische Verlagsanstalt.

Kiefer, Michael, Hüttermann, Jürg, Dziri, Bacem, Ceylan, Raul, Roth, Viktoria, Srowig, Fabian & Zick, Andreas (2017). *«Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen». Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe.* Wiesbaden: VS Springer.

Klausen, Jytte, Campion, Selene, Needle, Nathan, Nguyen, Giang & Libretti,

Rosanne (2016). Toward a Behavioral Model of "Homegrown" Radicalization Trajectories. In: *Studies in Conflict & Terrorism*, 39 (1), S. 67–83.

Kundnani, Arun (2012). Radicalisation: The Journey of a Concept. In: *Race & Class*, 45 (2), S. 3–25.

Mey, Eva & Rorato, Miriam (2010). *Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang ins Erwachsenenalter – eine biographische Längsschnittstudie* (SNF/DORE). Schlussbericht zuhanden des Praxispartners Bundesamt für Migration. Luzern.

Molthagen, Dietmar (Hrsg.) (2015). *Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit.* Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Nachrichtendienst des Bundes NDB (2015). *Lagebericht. Sicherheit Schweiz 2015.* Bern: NDB.

Ongering, Lidewijde (2007). *Home-Grown Terrorism and Radicalisation in the Netherlands: Experiences, explanations and approaches. Testimony before the U. S. Senate homeland Security and Governmental Affairs Committee,* available online at: www.investigativeproject.org/documents/testimony/292.pdf.

Roy, Olivier (2015). *Was treibt jihadistischen Terrorismus? Eine wissenschaftliche Perspektive zu Ursachen/Einstiegsbedingung.* BKA-Herbsttagung, 2015.

Schiffauer, Werner (2015). Stärken und Schwächen islamischer Selbstorganisationen. In: Inci Dirim, Ingrid Gogolin, Dagmar Knorr, Marianne Krüger-Potratz, Drorit Lengyel, Hans H. Reich & Wolfram Weisse (Hrsg.), *Impulse für die Migrationsgesellschaft. Bildung, Politik und Religion.* Münster: Waxmann. S. 153–169.

Schiffauer, Werner (2008). Suspect Subjects. Muslim Migrants and the Security Agencies in Germany. In: Julia Eckert (Hrsg.), *The Social Life of Anti-Terrorism Laws.* Bielefeld: Transcript Verlag.

Schiffauer, Werner (2000). *Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Schneuwly-Purdie, Mallory & Tunger-Zanetti, Andreas (2014). Switzerland. In: Oliver Scharbrodt, Samim Akgönül, Ahmet Alibašic, Jørgen S. Nielsen & Egdunas Racius (Hrsg.), *Yearbook of Muslims in Europe.* Vol. 7. Leiden: Brill.

Schweizerischer Bundesrat (2013). Bericht des Bundesrates über die Situation der Muslime in der Schweiz. Bern: Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.

Sedgwick, Marc (2010). The Concept of Radicalisation as a Source of Confusion. In: *Terrorism and Political Violence,* 22 (4), S. 479–494.

Sheikzadegan, Amir (2013). Konversion als Krisenbewältigung? Reflexionen aus empirischer Warte. In: *Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit,* No. 12, S. 59–65.

Vidino, Lorenzo (2013). *Jihadistische Radikalisierung in der Schweiz.* Zürich: Center for Security Studies (CSS).

Wohlrab-Sahr, Monika (2001). Konversion: Pluralisierung, Krise, Remoralisierung. In: Jutta Allmendinger (Hrsg.), *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000, Teil B.* Opladen, S. 781–801.

Zick, Andreas & Böckler, Nils (2015). Radikalisierung als Inszenierung. Vorschlag für eine Sicht auf den Prozess der extremistischen Radikalisierung und die Prävention. In: *Zeitschrift forum kriminalprävention,* 3, S. 3–16.

Anmerkungen

1 Im August 2017 waren es in der Schweiz 89 registrierte Fälle von dschihadistisch motivierten Reisenden gemäss Angaben des Nachrichtendienstes des Bundes NDB: http://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihadreisende.html.

2 Dies hat sich im Rahmen unserer Studie auch im Interview mit einem Rückkehrer bestätigt, der als Konvertit von einem Rekruteur über die Sozialen Medien angesprochen wurde. Der Rekruteur forderte ihn dazu auf, unter Beweis zu stellen, dass er es Wert sei als Muslim anerkannt zu werden. Aus diesem Pflichtgefühl entschloss sich der Befragte dann trotz gewissen Zweifeln dazu nach Syrien zu reisen (vgl. Eser Davolio et al. 2015).

3 Die Analyse der öffentlichen Institutionen basierte auf Experteninterviews mit Personen aus Integrationsfachstellen, Schulen und dem Sozialbereich (N=40), aus muslimischen Organisationen (N=33) sowie Strafvollzugsanstalten (N=3) zu ihren Problemwahrnehmungen, ihren allfälligen Reaktionen sowie zu ihrem Unterstützungsbedarf. Über den NDB konnten die anonymisierten Angaben zu den dschihadistisch motivierten Kriegsreisenden aus der Schweiz analysiert sowie ein Interview mit einem Rückkehrer durchgeführt werden. In Ergänzung gab eine Internetstudie Auskunft bezüglich Propaganda für und Anwerbung von Kriegsreisenden.

4 Der Zugang zu betroffenen Akteuren ergab sich zum einen über eine Kontaktnahme ihrerseits, weil sie über die Medien von unserer Studie erfahren haben sowie Informations- und Handlungsbedarf hatten sowie zum anderen über Medienmeldungen und Hinweise der Auftraggebenden auf mögliche Akteure, welche eine Betroffenheit durch das Phänomen aufweisen könnten.

5 Die Anlaufstelle Extremismus beider Basel wurde im Sommer 2015 aus Sparmotiven geschlossen und im Herbst 2016 wurde eine Anlaufstelle für Radikalismus und Extremismus beider Basel neu eingerichtet.

6 Um dieses Dilemma zu entschärfen haben wir in den Schlussfolgerungen zu unserer Studie empfohlen, das Erfahrungswissen zu konzentrieren, indem zwei Beratungsstellen auf Bundesebene (eine in der Deutsch- und eine in der Westschweiz) geschaffen werden, was jedoch aufgrund der Weigerung der Kantone, solche Aufgaben an den Bund zu delegieren, nicht umsetzbar war.

7 Das BKA (Bundeskriminalamt) ging im April 2017 von 920 dschihadistisch motivierten Kriegsreisenden aus Deutschland aus, was bei 82.7 Mio. deutschen StaatsbürgerInnen (Stand Ende 2016) einen Prozentsatz von 0.09 an der Gesamtbevölkerung ausmacht, während in der Schweiz die 89 vom NDB registrierten Kriegsreisenden (Stand August 2017) bei 8.4 Mio. Schweizer StaatsbürgerInnen ebenfalls 0.09 Prozent der Landesbevölkerung entsprechen.

8 Diskriminierung aufgrund des Namens, akzentuiert durch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Grenzgängersituation im Raum Genf, mit einer starken Affluenz gut qualifizierter Arbeitskräfte aus Frankreich.

9 Zudem bieten auch einige der von uns befragten muslimischen Organisationen Integrationsmassnahmen an, wie beispielsweise Hilfe bei der Suche nach Lehr- oder Praktikumstellen, Sprachunterricht oder Nachhilfeunterricht. Bei diesen Integrationsmassnahmen in der Moschee wird häufig auch mit den kantonalen Integrationsfachstellen zusammengearbeitet.